

**Statement Jan Zilius,
Vorstandsvorsitzender der RWE Power AG,**

„Investitionsoffensive der RWE Power“

– Es gilt das gesprochene Wort –

Meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zu unserer Pressekonferenz in Essen. Sie wissen, dass RWE ein sehr umfangreiches Investitionsprogramm für den Erzeugungsbereich aufgelegt hat. Heute möchten wir Ihnen zusätzliche, neue Vorhaben vorstellen, mit denen wir unsere Investitionsoffensive weiter vorantreiben und für die Energiewirtschaft wichtige Impulse setzen wollen.

Als großer Stromerzeuger wissen wir um unsere Verantwortung für eine sichere wettbewerbs- und zukunftsfähige Energieversorgung. Dieser Verantwortung stellen wir uns.

Wir sind bereit, Milliardeninvestitionen in neue Kraftwerke zu tätigen. Voraussetzung hierfür sind aber langfristig verlässliche energiepolitische Rahmenbedingungen. Mit den Unwägbarkeiten von Wettbewerbsmärkten muss ein Wirtschaftsunternehmen umgehen können. Das ist unser Geschäft. Tag für Tag.

Doch die Unsicherheiten und Risiken, die sich aus der aktuellen politischen Diskussion ergeben und die die Rahmenbedingungen erheblich beeinflussen, sind für uns nicht akzeptabel. Sie können unternehmerisches Handeln massiv gefährden.

Ein Handeln, das aber gerade zum jetzigen Zeitpunkt zwingend notwendig ist und politisch gewünscht sein muss.

Notwendig, weil

- wir ältere Kraftwerke – immerhin 40.000 MW allein in Deutschland zwischen 2010 und 2020 – durch neue ersetzen müssen

Und politisch gewünscht, weil wir

- erstens: durch eine Ausweitung des Angebots einen Impuls für Strompreissenkungen geben können
- zweitens: die Klimaschutzziele nur mit hocheffizienten, neuen Technologien erreichen werden
- und drittens: der deutschen Hersteller- und Bauindustrie auch künftig mit Vorzeigeprojekten am heimischen Markt weltweit Wettbewerbsvorteile sichern wollen.

Unternehmen und Politik haben heute die Chance, hierfür die Weichen zu stellen. Es muss gehandelt werden.

RWE ist dazu bereit.

Anrede,

im Vorstand der RWE AG haben wir die Grundsatzentscheidung für folgende, neue Projekte getroffen:

1) Steinkohlendoppelblock im saarländischen Ensdorf

An unserem bestehenden Kraftwerksstandort im saarländischen Ensdorf wollen wir einen Steinkohlendoppelblock mit einer Leistung von insgesamt 1.600 Megawatt errichten. Für rund zwei Milliarden Euro. Von diesem Projekt profitieren nicht nur die bauausführenden Unternehmen. Hiervon werden auch der Standort und die gesamte Region nachhaltigen Nutzen haben. Ich will das mit einer Zahl verdeutlichen: Nach Angaben des statistischen Landesamtes investierte die Industrie des Saarlandes im vergangenen Jahr 813 Millionen Euro – wir wollen für das Kraftwerk in Ensdorf mehr als das Doppelte aufbringen. Die Landesregierung des Saarlands hat uns die notwendige Unterstützung zugesichert, damit wir die Anlage bis 2012 ans Netz nehmen können.

2) Gaskraftwerk Lingen

Im emsländischen Lingen, wo wir bereits ein Kernkraftwerk und ein Gaskraftwerk betreiben, wollen wir bis 2009 ein weiteres Gaskraftwerk mit einer Kapazität von 876 Megawatt und einem dazugehörigen Erdgasröhrenspeicher bauen. Die geplante Investitionssumme liegt bei knapp 500 Millionen Euro.

3) Braunkohlenkraftwerk Mátra

Im ungarischen Visonta soll ein 400 MW Braunkohlenblock errichtet werden. Der Stromerzeuger Mátra, an dem RWE eine Mehrheitsbeteiligung hält, will zudem den dazugehörigen Tagebau Bükkrábány erweitern. Insgesamt sollen 750 Millionen Euro investiert werden.

Mein Kollege Dr. Johannes Lambertz wird Ihnen diese drei Vorhaben gleich im Detail vorstellen.

Anrede,

der RWE-Konzern ist bereit, allein für diese neuen Projekte weit über drei Milliarden Euro auszugeben. Sie runden ein in der Geschichte unseres Konzerns einmaliges Investitionsprogramm in der Stromerzeugung ab. Ich darf erinnern:

1) BoA 2&3 in Grevenbroich-Neurath

Allein in Grevenbroich-Neurath investieren wir 2,2 Milliarden Euro in das modernste und effizienteste Braunkohlenkraftwerk der Welt - Baubeginn war am 2. Januar.

2) Steinkohlendoppelblock Kraftwerk Westfalen (Hamm)

An unserem bestehenden Kraftwerksstandort Westfalen in Hamm wollen wir einen Steinkohlendoppelblock mit einer Leistung von 1.600 Megawatt bauen. Der Baubeginn ist für 2008, die Inbetriebnahme für 2012 vorgesehen. Kostenpunkt: rund 1,9 Milliarden Euro.

3) Kombiniertes Steinkohlen- und Biomassekraftwerk in den Niederlanden

In den Niederlanden möchten wir einen Steinkohlendoppelblock, bei dem auch Biomasse zugefeuert werden kann, errichten. Auch diese Anlage wird eine Leistung von 1.600 Megawatt haben. Der Wirkungsgrad soll 46 Prozent betragen, die Investitionssumme 2,2 Milliarden Euro. Die Entscheidung über den Standort werden wir zeitnah treffen.

4) Vorschaltgasturbinen

In Weisweiler haben wir zwei Vorschaltgasturbinen mit je 190 MW Leistung vor einen bestehenden Braunkohlenblock installiert, um ein Grundlastkraftwerk damit auch in der Mittel- und Spitzenlast betreiben zu können. Kostenpunkt: 150 Millionen Euro.

5) CO₂-freies Kraftwerk

RWE wird bis 2014 das weltweit erste großtechnische "CO₂-freie" Kraftwerk inklusive Speicherung bauen. Diese Anlage wird ein Meilenstein bei der Entwicklung von Zukunftstechnologien in der fossil gefeuerten Stromerzeugung sein. Für das Herzstück unseres Klimaschutzprogramms wollen wir eine Milliarde Euro aufwenden. Die Standortentscheidung fällt Mitte 2007.

6) Regenerative Energien/JI CDM

Abgerundet werden diese Aktivitäten durch Maßnahmen im Bereich Joint Implementation und Clean Development Mechanism. Für Projekte im Bereich der regenerativen Energien stellt der Konzern 700 Millionen Euro bereit.

Beispiele hierfür sind Wind-, Wasser- und Biomasseprojekte in Großbritannien, Deutschland, Spanien, Frankreich und Polen.

Anrede,

das sind Neubau-Vorhaben in einer Größenordnung von über zehn Milliarden Euro – das ist ein beispielloses Investitionsprogramm für ein deutsches Energieunternehmen. Für den Löwenanteil haben wir die Entscheidungen innerhalb der letzten zwölf Monate getroffen. Damit stellen wir Handlungsfähigkeit unter Beweis. Solche Entscheidungen können aber nur dann Realität werden, wenn wir langfristig kalkulierbare energiepolitische Rahmenbedingungen vorfinden, die die Wirtschaftlichkeit dieser Projekte nicht gefährden.

Zurzeit wird über diese Rahmenbedingungen im politischen Berlin diskutiert. Im Wesentlichen handelt es sich um zwei laufende Gesetzgebungsinitiativen, bei denen es für uns keineswegs um Petitesse geht. Im Gegenteil: Es stehen politische Entscheidungen an, mit denen die Realisierung unserer Bauvorhaben steht – oder fällt. Diese betreffen den zukünftigen Emissionshandel und die Überlegungen zur Kartellrechtsnovelle.

a) Emissionshandel

Die Bundesregierung und wohl auch die Europäische Kommission stellen die langfristigen Regelungen für die Ausstattung von Neubauvorhaben mit Zertifikaten in Deutschland über 2012 hinaus in Frage. Dieser Gedanke

findet sich mittlerweile auch im Entwurf zum Zuteilungsgesetz der Bundesregierung wieder. Was heißt das konkret? Die garantierte Ausstattung mit Zertifikaten über 14 Jahre für Neuanlagen und 4 + 14 Jahre für Ersatzanlagen, die im deutschen Nationalen Allokationsplan II so vorgesehen ist, soll bis maximal 2012 gelten dürfen.

Da die Inbetriebnahme neu zu errichtender Gaskraftwerke erst in 2009 und Kohlenkraftwerke in 2011/12 erfolgen kann, ginge für uns jede Planungssicherheit verloren. Gerade kapitalintensive Investitionen mit einer so großen Langfristwirkung – unsere Anlagen sind auf Laufzeiten von 40 Jahre und mehr konzipiert – brauchen jedoch verbindliche Regeln für eine sachgerechte und ökonomisch sinnvolle CO₂-Ausstattung. Ohne diese würde Investieren zum Roulette.

Anrede,

zudem planen Bundesumweltministerium und Europäische Kommission die gesamte Zuteilungsmenge weiter zu reduzieren. Bei den Gesprächen über den NAP II im Frühjahr wurden ja bereits erhebliche Kürzungen der Zuteilungsmengen vereinbart – ausschließlich zu Lasten der Energiewirtschaft, für die nur noch eine Ausstattung in Höhe von 85 Prozent des tatsächlichen Bedarfs vorgesehen ist. Weitere Kürzungen bedeuten weitere erhebliche Belastungen für uns.

Andere Vorschläge wie eine zusätzliche Versteigerung von Emissionsrechten, eine Auktionierung, würden keine einzige Tonne CO₂ vermeiden. Stattdessen würden die Kosten für

neue Kraftwerke steigen mit der Folge, dass wohl auch langfristig die Strompreise weiter steigen würden. Eine Zweckbindung des Aufkommens zum Beispiel zur Senkung der Strompreise käme gerade der energieintensiven Industrie übrigens nicht zu Gute. Denn die ist hiervon ohnehin weitgehend befreit.

Anrede,

die von der Bundesregierung geplanten Änderungen im Zuteilungsgesetz 2012 enthalten außerdem große Nachteile insbesondere für die Braunkohle. Das ist eine weitere signifikante Abweichung gegenüber dem NAP II, den das Bundeskabinett im Juni verabschiedet hat. Diese Änderungen betreffen insbesondere unser BoA-Kraftwerk, das wir zurzeit in Neurath errichten. Laut NAP II werden die beiden Kraftwerksblöcke nach der vierjährigen Übertragungsperiode bedarfsgerecht mit den anlagenspezifisch notwendigen Emissionsrechten ausgestattet. Im jetzt vorliegenden Entwurf für das Zuteilungsgesetz wird die Ausstattung mit Emissionsrechten abweichend vom Kabinettsbeschluss um weit über 20 Prozent gekürzt. Zudem ist der für eine optimale Nutzung der Blöcke erforderliche befristete Parallelbetrieb von neuen und alten Kraftwerksblöcken, den der NAP II ausdrücklich ermöglicht, nach dem Zuteilungsgesetz 2012 nicht mehr vorgesehen.

Wenn diese derzeit vorgesehenen Verschlechterungen der Zuteilungen tatsächlich in das ZUG 2012 einfließen, dann müsste man das als eklatanten Vertrauensbruch bewerten.

Wir haben seinerzeit im Vertrauen auf die Zusage der Politik die Bauentscheidung für dieses immerhin 2,2 Milliarden Euro teure Vorhaben getroffen. Die Baustellenschilder stehen und die Anlage wächst täglich Meter für Meter. Es wäre aus meiner Sicht ein falsches Signal, wenn nun deutlich würde, dass auch vereinbarte Rahmenbedingungen nicht verlässlich sind. Ich hoffe deshalb sehr, dass es soweit nicht kommt. Die Bundesregierung muss bei ihrer bereits beschlossenen Position bleiben und sich in den Verhandlungen mit der EU-Kommission für diese Position einsetzen.

2) Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Anrede,

das zweite Gesetzgebungsverfahren ist die geplante Novellierung des Kartellrechts, mit dem politisch motiviert vermeintlich „übermäßige“ Gewinne zu einem neuen wettbewerbsrechtlichen Tatbestand gemacht werden sollen. Mit den derzeit diskutierten Vorschlägen dreht man die Liberalisierung zurück. Wenn man Strompreise festlegt auf der Basis von Kosten plus einem fest definierten „Gewinn-Aufschlag“, nimmt man den Unternehmen den finanziellen Spielraum und jeglichen Anreiz für neue Investitionen. Das wäre vor allem auch deshalb ein falsches Signal, da gerade jetzt eine hohe Zahl an Neubauvorhaben in Deutschland von vielen, ganz unterschiedlichen Stellen angekündigt worden sind.

Ein weiterer wichtiger Aspekt: Die Abkehr von einem Mechanismus, bei dem Preise am Markt durch Angebot und

Nachfrage gebildet werden, würde letztlich die Börsenfunktion außer Kraft setzen und Deutschland von den europäischen Energiemärkten isolieren.

Sollte die geplante GWB-Novelle Realität werden, müssten bereits geplante Investitionen überprüft und als Folge aufgegeben oder zumindest zeitlich verschoben werden. Dies gilt auch für Projekte mit einer bereits weit fortgeschrittenen Planung wie z. B. unser Steinkohlenkraftwerk in Hamm.

Im Ergebnis würde also mit der Kartellrechtsänderung genau das Gegenteil dessen erreicht, was eigentlich Forderung der Politik ist: es würden keine zusätzlichen Erzeugungskapazitäten gebaut, das Angebot würde nicht größer und es käme nicht zu der gewünschten Strompreissenkung.

Anrede,

sowohl die Änderungen im Zuteilungsgesetz als auch die vorgesehene Novellierung des GWB zwingen Unternehmen dazu, die beim 1. Energiegipfel im April zugesagten Investitionen auf den Prüfstand zu stellen. Dies gilt auch für unsere neuen Projekte, die wir Ihnen heute vorgestellt haben und die das Gesamtinvestitionsvolumen noch einmal deutlich nach oben verschieben.

RWE Power will über zehn Milliarden Euro investieren. Mit über 7,5 Milliarden davon allein in Deutschland sind wir einer der größten Einzelinvestoren hierzulande. Wenn man

bedenkt, dass beispielsweise alle Unternehmen der deutschen Baubranche (mit mehr als 20 Mitarbeitern) in 2004 weniger als 1,6 Milliarden Euro investiert haben, wird deutlich, welche wirtschaftliche Schubkraft von unseren Projekten ausgeht – für die Hersteller und Zulieferer ebenso wie für die Bauindustrie. Die Effekte schlagen voll auf den Arbeitsmarkt durch. Auf unserer BoA-Baustelle werden zum Beispiel in Spitzenzeiten 4.000 Menschen gleichzeitig beschäftigt sein. Die Anlage sichert nach der Fertigstellung bei RWE Power sowie bei zahlreichen Unternehmen in der Region 6.000 Arbeitsplätze!

Ähnliche Effekte werden sich einstellen, wenn wir Großprojekte wie in Hamm, Ensdorf und Lingen realisieren. In der Bauphase werden dort über 6.500 Menschen arbeiten. Dauerhaft werden deutlich über 600 Arbeitsplätze an den Standorten und in den Regionen gesichert.

Ein Großteil der Mittel soll in Regionen fließen, die strukturell und wirtschaftlich nicht zu den stärksten gehören. Hervorheben will ich in diesem Zusammenhang, dass wir grundsätzlich bei allen Bau-, Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen so weit wie möglich Unternehmen am Standort und in der Region berücksichtigen. So haben wir z. B. bisher bereits Aufträge in Höhe von 1,9 Milliarden Euro für die BoA 2&3 vergeben. 800 Millionen Euro sind davon an Unternehmen in Nordrhein-Westfalen gegangen. In vielen Fällen sind wir nicht nur der größte Arbeitgeber, sondern auch einer der größten Auftraggeber in der jeweiligen Region.

Anrede,

die Chance ist da, mit einer großen Kraftanstrengung nachhaltig etwas zu bewirken: für eine sichere und effiziente Energieversorgung, für ein sinkendes Strompreisniveau, für eine nachhaltige Klimavorsorge, für positive Wachstums- und Beschäftigungsimpulse bei der Herstellerstellindustrie und im Baugewerbe.

Gelingen kann das nur, wenn man denen, die etwas unternehmen, die etwas bewegen wollen, hierzu auch die Möglichkeit belässt.

Das Investitionsprogramm von RWE steht. Seine Verwirklichung hängt jetzt davon ab, wie die Politik die Rahmenbedingungen tatsächlich gestaltet.